



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Herrn
Stephan Steyer
Brentanoplatz 16
63739 Aschaffenburg

Achim Schreier
Abteilung Kommunikation
Referat Direktkommunikation

Fon: 030 - 25991-500
Fax: 030 - 25991-375
parteiivorstand@spd.de

Dein Schreiben vom 4. Dezember 2017

15.12.2017

Lieber Stephan Steyer,
liebe Genossinnen und Genossen im OV Aschaffenburg-Stadtmitte,

vielen Dank für Euer Schreiben an den SPD-Parteivorstand. Martin Schulz bittet um Verständnis, dass er nicht alle an ihn gerichteten Zuschriften persönlich beantworten kann. Er bat mich, Euch zu antworten.

Koalition ja oder nein? Sagen wir es ehrlich, die GroKo ist abgewählt worden und ein "Weiter So" kann es für uns nicht geben. Darüber sind wir sicher d'accord. Nun sind wir aber in der Verantwortung. Es nutzt ja nichts, dass wir sagen, dass es nur die Medien sind oder Frau Merkel, die uns das vorhalten. Tatsächlich muss jede Partei offen für eine Koalition sein. Wir wollen nicht in eine Regierung eintreten, mit einer gefledderten CSU und einer angeschlagenen Kanzlerin – denn die wurde ja eigentlich auch abgewählt! Ich bin nicht sicher, ob die Union, die ja auch innerlich zerstritten ist, mit einer angeschlagenen Frau Merkel in der Lage ist, eine große Koalition zu einer innovativen Koalition der Zukunft zu formen. Allein die Abstimmung zu Glyphosat, die Ihr erwähnt, hat doch gezeigt, dass die Union die Zeichen der Zeit nicht sieht. Wir müssten jetzt (spät genug) die Zukunft der Mobilität ins Auge fassen und Konzepte vorlegen, die die Bevölkerung mitträgt. Es muss vehemente Klima-, Umwelt- und Landwirtschaftsreformen geben. Die Zukunft der EU steht auf dem Spiel. Da ist vor allem der Investitionsstau, der aufgelöst gehört. Wohnungsbau, bezahlbare Mieten, Schulsanierung etc. Dafür braucht es eine starke und innovative Regierung.

Dennoch scheinen Neuwahlen auch keine Option zu sein. Von den Kosten einmal abgesehen. Wir könnten unsere Bürger nicht wählen lassen, bis es uns passt. Wir bekommen wütende Briefe genug, die uns vorwerfen, wir würden unsere Pflicht nicht erfüllen. Eine Minderheitenpolitik könnte auch Frau Merkel stärken. Auch den Bundestag, sie müsste ihre Politik erklären. Aber es würde doch auch der AfD ein Podium geben. Und wenn wir schon nach Sachlage mitentscheiden, warum dann nicht gleich in die Regierung eintreten und wenigstens einige unserer Projekte verwirklichen.

Der Parteitag hat auch dem Vorstand die Erlaubnis erteilt, Gespräche mit der Union zu beginnen. Wir werden sehen, ob wir unsere Themen durchsetzen können. Dann werden die Mitglieder mitentscheiden dürfen.

Nach der Bundestagswahl haben wir als Partei eine Fortsetzung der großen Koalition ausgeschlossen. Diese Entscheidung war anlässlich des schlechten Wahlergebnisses die richtige Reaktion. Nachdem die Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen gescheitert sind, hat unser Bundespräsident alle Parteien dazu

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
parteiivorstand@spd.de
www.spd.de

Berliner Sparkasse
IBAN: DE77 1005 0000 0190 5555 56
BIC: BELADEBEXXX

 facebook.com/SPD
 youtube.com/SPDvision
 twitter.com/SPDde

aufgefordert in Gesprächen zu klären, welche Wege es geben kann, eine stabile Regierung für Deutschland zu bilden. Die SPD war und ist sich dabei stets ihrer Verantwortung für unser Land bewusst.

Der ordentliche Bundesparteitag hat daher am 7.12. intensiv diskutiert und beschlossen in ergebnisoffene Gespräche zu gehen. Das heißt, wir werden ausloten ob und in welcher Form eine neue Bundesregierung von uns mitgetragen werden kann. Wichtig ist, dass diese Gespräche keinerlei Automatismus oder Vorfestlegung bedeuten. Wir haben auch beschlossen, dass über die Aufnahme von möglichen Verhandlungen zu einer Regierungsbildung ein außerordentlicher Bundesparteitag entscheiden wird.

Klar ist auch: Wir müssen nicht um jeden Preis regieren! Aber wir dürfen auch nicht um jeden Preis nicht regieren wollen. Entscheidend ist, welche Punkte und Verbesserung wir durchsetzen können.

In seiner Rede hat Martin Schulz noch einmal die Leitlinien verdeutlicht: Wir müssen Europa stärken und uns um die Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter kümmern. Dazu ist auch eine Bildungsrevolution notwendig. Klar ist auch, dass wir dabei den Umwelt- und Klimaschutz nicht vernachlässigen dürfen. Außerdem ist es wichtig, mehr soziale Sicherheit zu schaffen und auch die Würde im Alter zu garantieren.

Die vollständige Rede ist zu finden auf: <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/-bd708efd58/07/12/2017/>

Wir waren innovativ, überlegten eine KoKo, also Unterstützung nur in Teilpolitikfeldern, wie Europapolitik o.ä. Was sagt dazu Herr Dobrindt, der Vater der PKW-Maut, eine KoKo sei ein NoGo. Aber noch ist alles Zukunftsmusik.

Wir wollen auch kein Deutschland des Kapitals und Leiharbeit und unterbezahlte Jobs müssen wir endlich beenden, insbesondere nach der großartigen Konjunkturprognose. Eine Rednerin auf dem Parteitag hat es ja ausgesprochen. Die Menschen, die jetzt von Siemens und General Electrics entlassen werden sollen, die werden solche festen tarifgebundenen Jobs mit aller Wahrscheinlichkeit nicht wieder finden, die werden vielleicht in Leiharbeit gehen müssen und damit werden sie zu willfähigen Arbeitnehmern, wie die Industrie sie haben will. Wie auch die Union sie für ihre Klientel bewahren will. Wir haben allerdings in der letzten Koalition nicht wenige unserer Projekte durchsetzen können. Wir müssen sehen, was die Sondierungsgespräche ergeben die hoffentlich auch Euch zusagen.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus



Achim Schreier
SPD-Parteivorstand